



Tel.: 030/69 56 8339
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de
Beusselstr. 35
10553 Berlin

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Pressemappe zur Pressekonferenz am 4. Mai 2022

Rassistische, rechte und antisemitische Angriffe in Berlin 2021



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Sperrfrist: 4. Mai 2022, 12:00

Pressemitteilung

Täglich werden in Berlin extrem rechte, rassistische und antisemitische Angriffe begangen. Nur ein Teil dieser Taten wird öffentlich bekannt.

Rassismus ist das häufigste Motiv.

Für 2021 musste ReachOut 353 Angriffe dokumentierten.

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, verzeichnet mit 353 Angriffen für das Jahr 2021 keinen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. 2020 musste ReachOut 357 Angriffe bekannt geben.

Mindestens 620 Menschen, so viele wie nie zuvor, wurden im vergangenen Jahr verletzt und bedroht.

Berlin, 4. Mai 2022

Insgesamt erfasst ReachOut **353 Angriffe für das Jahr 2021** (2020: 357). Mindestens 620 (2020: 493) Menschen wurden verletzt, massiv bedroht und gedemütigt. Darunter sind 51 Kinder und 44 Jugendliche. Dazu kommen mindestens 13 Kinder, die mit anschauen mussten, dass ihre erwachsenen Begleitpersonen geschlagen wurden.

“Dass die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendliche so angestiegen ist, lässt auf eine erschreckende Brutalität der Täter*innen schließen”, so Sabine Seyb, von ReachOut. “Kinder werden im öffentlichen Raum von fremden Erwachsenen gestoßen, angeschrien und geschlagen, am häufigsten aus rassistischen Motiven.”

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

Am 27. Februar 2021 wird ein 12-jähriges Kind, das in Begleitung eines 8-jährigen Kindes ist, in Charlottenburg von zwei Frauen aus rassistischer Motivation geschlagen. Eine der Frauen ruft die Polizei und löst mit falschen Informationen einen Großeinsatz unterschiedlicher Polizeien aus.

Am 8. September wird in Mitte ein Kind aufgrund von antischwarzem Rassismus beleidigt und angegriffen.

Mit 219 Taten sind über 60% der Angriffe rassistisch motiviert (2020: 196 von 357).

Von den insgesamt 219 rassistisch motivierten Taten wissen wir, dass mindestens 10 Angriffe antimuslimisch motiviert sind und sich 28 gegen Schwarze Menschen richten.

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

Am 26. November wird in Lichtenberg ein 32-jähriger Mann, der in Begleitung seiner 1-jährigen Tochter ist, vor dem Eingang der Volkshochschule in der Paul-Julius-Straße von einer 38-jährigen Frau aufgrund von antischwarzem Rassismus beleidigt und mehrmals bespuckt.

47 Taten wurden aus **LGBTIQ*-feindlichen Motiven** begangen (2020: 93). Hier beobachten wir einen starken Rückgang. **Die antisemitischen Gewalttaten** sind mit **24** nahezu gleich geblieben (2020: 28). Die Zahl der Attacken und massiven Bedrohungen **gegen politische Gegner*innen** ist **gestiegen**. Gegen sie richteten sich **27 Angriffe** (2020: 18). Zudem erfuhr



Tel.: 030/69 56 8339

Fax.: 030/69 56 8346

info@reachoutberlin.de

www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
ReachOut von **17** Bedrohungen und Angriffen **gegen Journalist*innen. Gegen obdachlose Menschen** richteten sich **10 Gewalttaten**.

Bei den meisten Angriffen handelt es sich um **Körperverletzungen (177)**, **gefährliche Körperverletzungen (132)** und **massive Bedrohungen (28)**. Zudem mussten wir zwei schwere Körperverletzung dokumentieren:

Auffällig ist, dass sich die Angriffe gegen Obdachlose offenbar durch eine besondere Brutalität auszeichnen. Es handelt sich 2021 immer um gefährliche Körperverletzungen, um eine schwere Körperverletzung und eine Brandstiftung.

Ein Beispiel aus unserer Chronik:

*Am 27.7. 2021 wird in Wedding einem 31-jähriger obdachlosen Mann im Volkspark Humboldthain von einem 23-jährigen Mann die Gehhilfe entwendet. Damit schlägt der Angreifer den 31-Jährigen mehrfach gegen Kopf und Körper und verletzt ihn schwer. Zeug*innen rufen die Polizei und erkennen den Täter in der Nähe wieder.*

Die meisten Angriffe finden in den innerstädtischen Bezirken statt.

Im Bezirk Mitte finden insgesamt **61** (2020: 60) und somit stadtweit die meisten Angriffe statt.

Die meisten Gewalttaten in **Friedrichshain-Kreuzberg (25 von 55)** sind **rassistisch motiviert. 15 Angriffe** richten sich dort **gegen die sexuelle Identität oder Orientierung der Betroffenen**.

In **Neukölln** dokumentiert ReachOut **36** (2020: 34) Angriffe. **Häufigstes Motiv: Rassismus (22)**.

Weitere Angriffsschwerpunkte dokumentieren wir in den Bezirken **Pankow (35)**, **Lichtenberg (32)**, **Charlottenburg-Wilmersdorf (26)** und **Tempelhof-Schöneberg (23)**.

Ein wichtiges Thema in unserer Beratung sind die Angriffe, die Betroffene in ihrem direkten Wohnumfeld erleiden müssen. Eltern und ihre Kinder werden aus rassistischen Motiven, bedroht, gequält, geschlagen und kriminalisiert. Die Folgen für die Betroffenen sind fast immer schwerwiegend, weil die Wohnung und das direkte Umfeld ein Ort ist, der als geschützt und sicher empfunden wird. Gleichzeitig ist es ein Ort, der sich nicht meiden lässt. Einem körperlichen Angriff voraus gehen häufig wiederholte Beleidigungen und andere Einschüchterungs- und Verdrängungsversuche. Bei den Täter*innen handelt es sich meistens um Nachbar*innen. Vermieter*innen bleiben allzuoft untätig. Zudem gehen die Täter*innen immer wieder soweit, dass sie mit falschen Anschuldigungen die Polizei rufen und das Jugendamt einschalten.

Ganze Familien werden so traumatisiert. Der einzige Ausweg ist dann unter großen finanziellen Belastungen zu versuchen, eine andere Wohnung zu finden.

Zwei Beispiele:

So wird am 20. Februar in Pankow ein Mann von zwei männlichen Nachbarn rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Vorher wurden auf seine Wohnungstür rassistische Parolen geschrieben, sein Name wurde vom Briefkasten entfernt, Briefe wurden gestohlen und zerrissen, Müll wurde auf seinen Balkon geworfen und er wurde mit Lärm belästigt. Beim zweiten Angriff wurde ihm die Nase gebrochen.

In der Nacht des 24. auf 25.12.2021 feiern in Reinickendorf 3 Schwarze Familien mit ihren Kindern gemeinsam Weihnachten. Ein Nachbar ruft die Polizei wegen Lärmbelästigung. Als



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
*die Polizei eintrifft, machen die Mieter*innen die Musik sofort leiser. Dennoch kommt die Polizei ungefähr eine Stunde später noch einmal. Mit ca. 10 Polizist*innen und einem Hund, verschaffen sie sich gewaltsam Zutritt zur Wohnung. Die Besucher*innen werden mit Gewalt aus der Wohnung gebracht, beleidigt und durchsucht. Die Erwachsenen müssen die nacht in einer Polizeiwache verbringen und ihre Kinder vom Kindernotdienst in Obhut genommen. Als die Erwachsenen am nächsten Morgen freigelassen werden, fehlt bei der Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände ein hochwertiger Ohrring, ein Ausweis und Geld. Die Kinder haben bis heute große Angst, sobald sie die Polizei sehen und sind stark verunsichert.*

Sabine Seyb zur Entwicklung der Angriffszahlen: "Insbesondere die rassistisch motivierten Angriffe geschehen täglich und bleiben zahlenmäßig auf einem erschreckend hohen Niveau. Zudem gehen wir davon aus, dass wir nur einen Bruchteil von dem erfahren, was rassismusbetroffene Menschen in Berlin tatsächlich ertragen müssen. So berichten Ratsuchende, die aufgrund rassistischer Gewalt zu ReachOut kommen, in den Beratungsgesprächen häufig auch über länger zurückliegende Erfahrungen und über institutionellen Rassismus."

Wie eng der institutionelle Rassismus mit den Gewalttaten verknüpft ist, zeigt sich beispielsweise an den Kontrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn diese auf Racial Profiling beruhen und eskalieren. Deswegen unterstützt ReachOut die Kampagne "BVG - Weil wir uns fürchten", die 2021 gegründet wurde. Die Kampagne macht auf einem Instagram-Account rassistische und brutale Angriffe von Sicherheitspersonal und BVG-Kontrolleur*innen auf Fahrgäste öffentlich.

ReachOut fordert, dass im Berliner Abgeordnetenhaus eine Enquete-Kommission gegen Rassismus eingesetzt wird. "Dies würde eine langfristige Auseinandersetzung mit jeder Form von Rassismus auf allen Ebenen ermöglichen. Insbesondere sollte der institutionelle Rassismus dabei in den Blick genommen werden", so Sabine Seyb. "Bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und deren Umsetzung sei die Einbeziehung von Initiativen und Vereinen aus den diversen Communities die wichtigste Voraussetzung", betont die Vertreterin von ReachOut.

Ein guter Anfang wäre es, endlich eine unabhängige Beschwerdestelle gegen rassistisch motivierte und andere Polizeigewalt einzurichten. Wie dringend geboten dies ist, wissen wir aus unserer täglichen Arbeit. Denn ReachOut ist auch für die Beratung von Opfern rassistischer Polizeigewalt und von Racial Profiling zuständig.

ReachOut fordert außerdem, dass es ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen rechter, rassistischer Gewalt geben muss. Aktueller Anlass, um diese Forderung zu bekräftigen, ist der Prozess gegen Stefan K., der am 06.05.2022 fortgesetzt wird. Der Polizist war bis 2016 bei der Berliner Polizei in der Ermittlungsgruppe Rechtsextremismus (EG Rex) tätig und Ansprechperson für Betroffene der rechten Anschläge in Neukölln. Im April 2017 hatte er mit zwei anderen Tätern einen geflüchteten Mann aus Afghanistan rassistisch motiviert geschlagen. Obwohl das Strafverfahren gegen die Täter noch nicht abgeschlossen war, ließ der damalige Innensenator Andreas Geisel den gesundheitlich stark angeschlagenen Jamil Amadi (Alias-Name) im März 2020 nach Afghanistan abschieben. Ihm muss eine Rückkehr nach Berlin ermöglicht werden. Ein sicherer Aufenthalt und Entschädigungszahlungen sind geboten und wären das richtige Signal gegenüber den Tätern.



Tel.: 030/69 56 8339
Fax.: 030/69 56 8346
info@reachoutberlin.de
www.reachoutberlin.de

Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
Das berlinweite Monitoring wurde für uns im vergangenen Jahr erheblich erschwert. Die Ermittlungsbehörden stellen keine Informationen mehr zur Verfügung. Nur wenige Gewalttaten mit einem extrem rechten, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund werden von der Polizei als Pressemeldung veröffentlicht. Die Einbeziehung der polizeilichen Erkenntnisse in unsere Auswertung wird so nahezu unmöglich. Als Grund für die neue Informationspolitik der Ermittlungsbehörden werden datenschutzrechtliche Bestimmungen und eine mögliche Gefährdung nicht abgeschlossener Ermittlungen genannt. Wir fordern, dass die zur Zeit übliche Praxis geändert wird, damit ReachOut möglichst viele Betroffene zeitnah erreichen und ein umfassendes, aussagekräftiges Monitoring auch in Zukunft gewährleisten kann.

Weitere Einzelheiten zu den Angriffszahlen entnehmen Sie bitte der Pressemappe, den darin enthaltenen Grafiken und der Tabelle "Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin". In der Tabelle geben wir einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten 10 Jahre. Gerne weisen wir auf die Broschüre unserer Kolleg*innen der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten – Fair wohnen“ mit dem Titel Diskriminierung in Nachbarschaften hin.

Für Rückfragen und Interviews stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sabine Seyb

Tel.: 030-695 68 339, Mobil: 0170-4265020

Für Fragen und Interviewtermine zu Rassismus in Nachbarschaften:

Biplab Basu

0176-21650737

Katsiaryna Olszewski

yekaterinachulkovskaya@gmail.com

Dr. Lina Sanchez-Steiner

lina.sanchez.steiner@fairmieten-fairwohnen.de

Remzi Uyguner

remzi.uyguner@fairmieten-fairwohnen.de

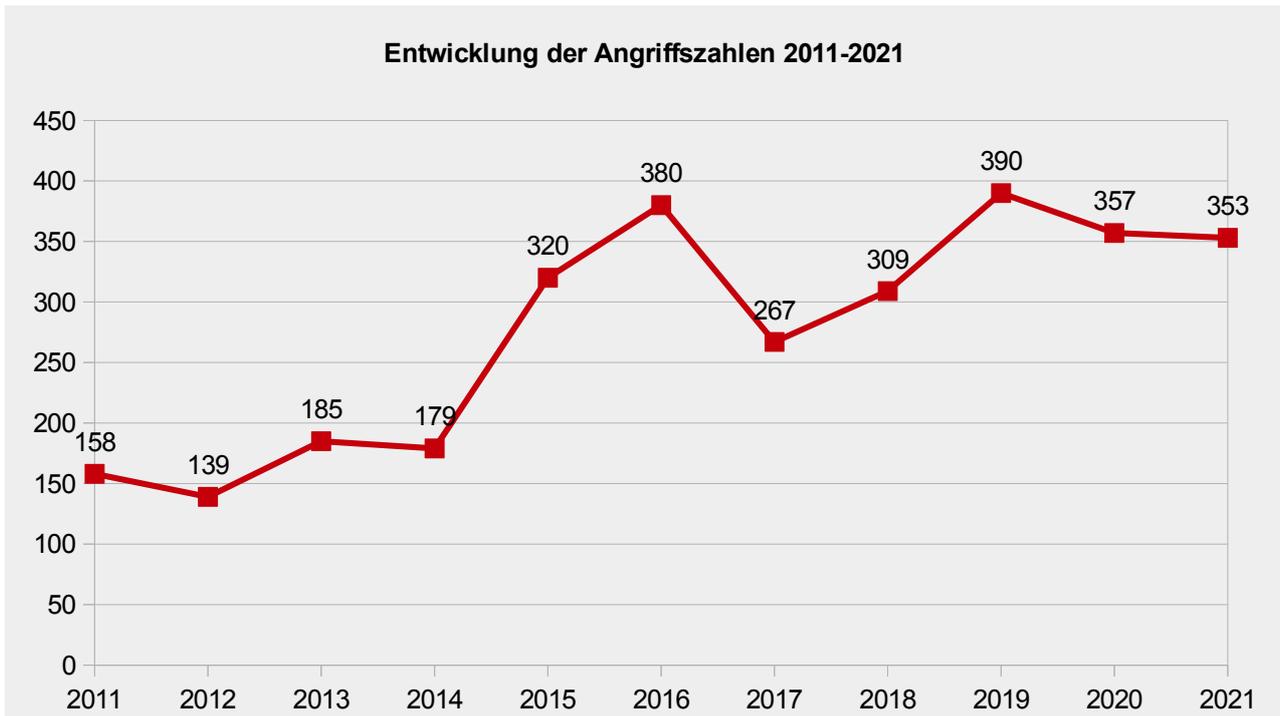


Rechte, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin 2011-2021

Stand: 4.5.2022 - Sperrfrist: Mittwoch, 4. Mai 2022, 12:00 Uhr

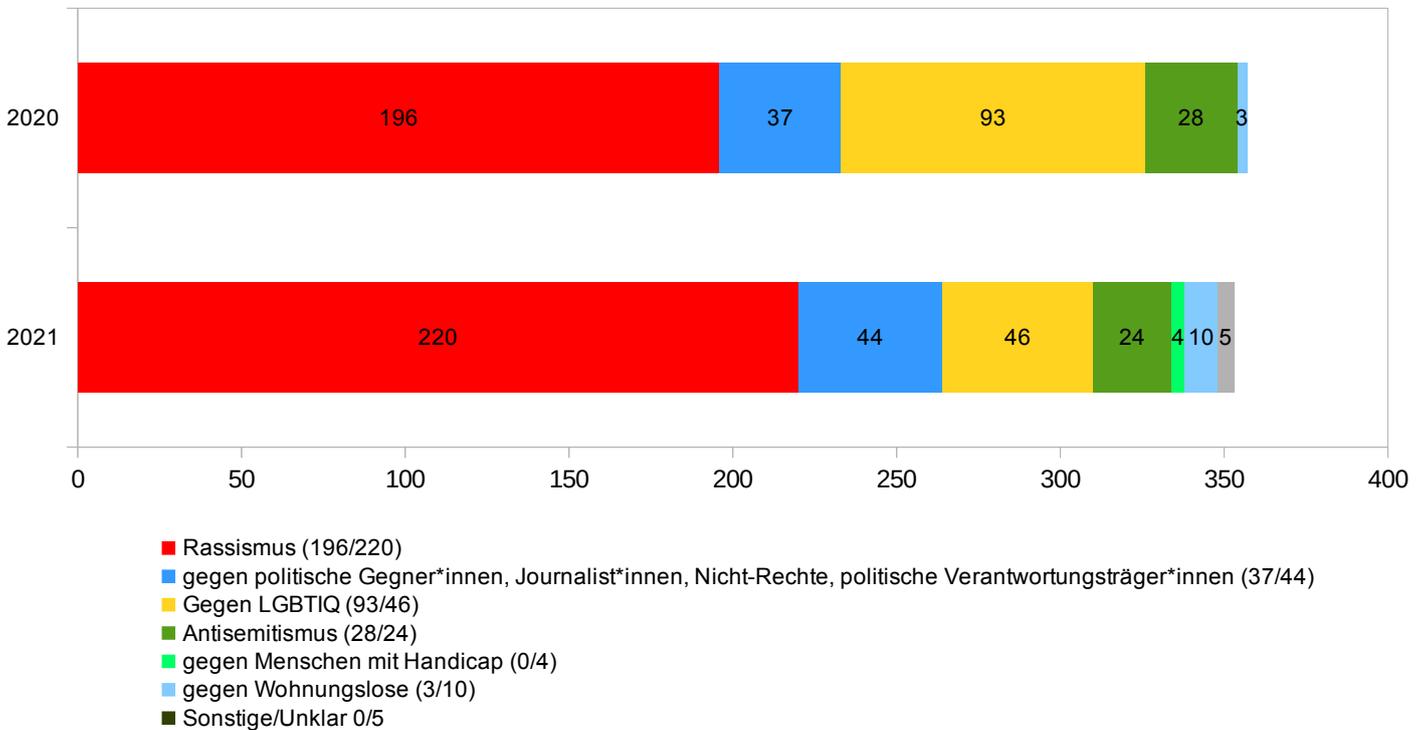
ReachOut berät Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung und veröffentlicht jährlich die recherchierten Angriffszahlen. Nicht gezählt werden Propagandadelikte, Beleidigungen, Diskriminierungen und Sachbeschädigungen, wenn keine Personen dabei gefährdet oder direkt bedroht sind. Differenzen zu polizeilichen Angaben ergeben sich durch unterschiedliche Einschätzungen der Tathintergründe. Außerdem erfährt ReachOut von Fällen, die nicht angezeigt werden. Eine Auswertung der Angriffszahlen für die Stadtteile im Einzelnen und für die Angriffsorte war 2021 nicht möglich, da die Behörden diese Informationen nicht mehr zur Verfügung stellen.

© ReachOut 2020	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Angriffe in den Berliner Bezirken											
Charlottenburg	6	12	10	12	17	19	16	18	11	25	26
Wilmerdorf	2	1	3	4	5	7	2	6	6	3	
Friedrichshain	16	15	14	10	13	16	18	20	23	22	55
Kreuzberg	17	6	15	16	12	24	14	19	30	30	
Lichtenberg	16	5	13	8	13	20	13	15	20	17	32
Hohenschönhausen	2	1	7	3	10	9	4	7	8	7	
Marzahn	1	2	7	5	47	32	15	10	10	15	20
Hellersdorf	0	1	16	15	24	18	9	5	5	3	
Mitte	12	12	8	24	21	27	19	35	45	28	61
Wedding	13	9	12	8	16	14	26	14	30	20	
Tiergarten	2	6	4	8	23	27	15	13	22	12	
Pankow	1	1	9	12	13	11	4	6	12	13	35
Prenzlauer Berg	10	8	11	4	13	14	6	12	10	17	
Weissensee	4	3	1	0	8	3	2	7	5	5	
Neukölln	15	22	11	15	19	38	36	43	56	34	36
Reinickendorf	7	5	4	4	9	12	10	13	10	16	8
Tempelhof	2	2	0	5	3	7	3	5	8	5	23
Schöneberg	8	8	13	9	18	14	15	11	24	13	
Treptow	7	12	12	2	9	17	14	20	15	15	16
Köpenick	9	3	8	9	13	16	8	10	17	11	
Spandau	2	2	5	3	6	13	9	11	9	21	19
Steglitz	4	1	1	2	4	11	3	6	7	6	13
Zehlendorf	2	2	1	1	1	4	2	2	3	3	
Berlin (Internet, ohne Zuordnung)	-	-	-	-	3	7	4	1	4	16	9
Gesamt	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357	353
Tatmotiv											
Rassismus	70	68	87	100	175	233	140	167	219	196	219
Antisemitismus	5	6	8	18	25	31	13	44	31	28	24
Gegen LGBTIQ*	32	30	44	22	43	70	67	63	105	93	47
Gegen Menschen mit Handicaps	0	3	4	2	1	2	2	2	3	-	3
Gegen sozial Benachteiligte/ Wohnungslose	4	3	3	0	3	2	2	8	10	3	11
Gegen politische Gegner*innen	32	15	27	31	59	32	40	23	17	18	27
Gegen Nichtrechte, Alternative	9	12	9	6	2	3	0	-	2	1	2
Gegen Journalist*innen	-	-	-	-	10	2	1	-	2	13	17
Gegen Politiker*innen	-	-	-	-	2	1	1	-	0	5	0
Sonstige/Unklar	6	2	3	0	0	4	1	2	1	-	3
Gesamt	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357	353
Angriffsort											
Öffentlicher Raum	80	69	121	107	120	135	114	139	136	155	?
Geflüchtetenunterkunft/Umfeld	-	-	-	-	43	41	9	12	2	3	?
Öffentliche Verkehrsmittel/ Bahnhof/Haltestelle	40	34	42	37	65	87	61	62	111	78	?
Demonstration/Umfeld	-	-	-	-	35	14	6	16	6	11	?
Arbeitsplatz	9	9	8	10	8	16	9	16	29	19	?
Wohnung und Wohnumfeld	13	17	6	18	16	38	32	23	33	32	?
Kneipe, Laden, Supermarkt etc.	14	9	8	7	15	22	18	28	43	26	?
Bildungsstätte, Jugendeinr., Sport	2	1	0	0	6	9	7	7	16	6	?
Behörden	-	-	-	-	5	4	0	1	-	-	?
Räume pol. Org./Parteien	-	-	-	-	3	3	2	1	1	-	?
Internet	-	-	-	-	4	7	4	1	3	17	?
Sonstige/Unklar	-	-	-	-	-	4	5	3	10	10	?
Gesamt	158	139	185	179	320	380	267	309	390	357	



Tatmotive 2020/2021 im Vergleich

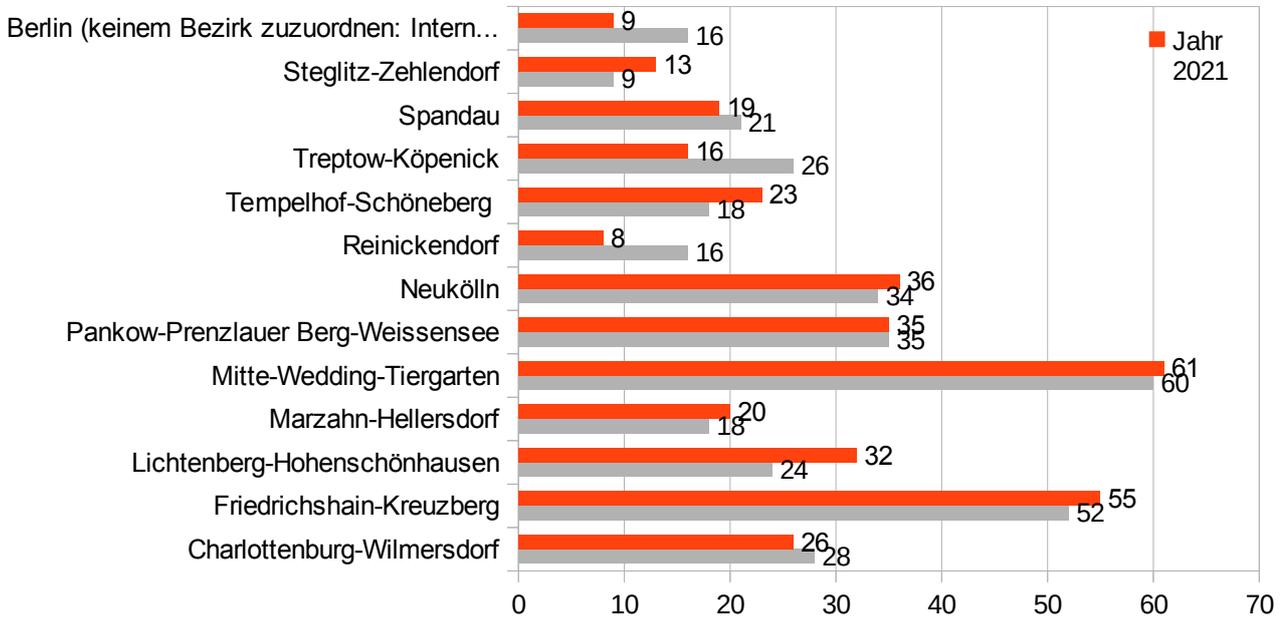
2020: 357 Angriffe / 2021: 353 Angriffe





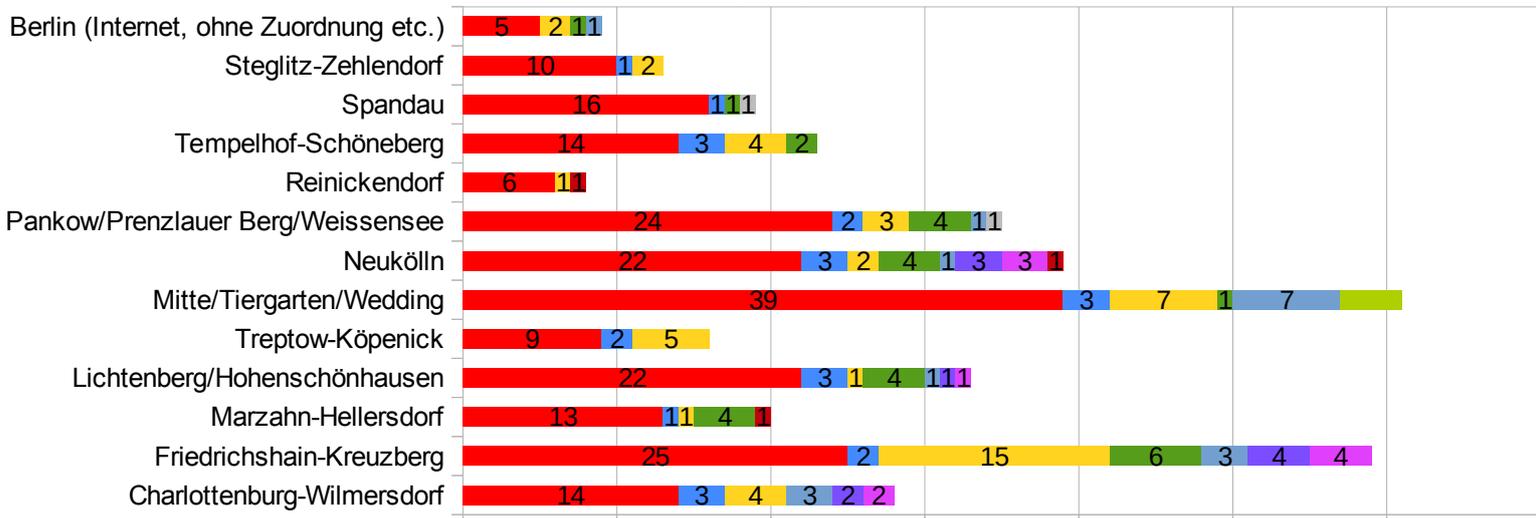
Angriffe in den Berliner Bezirken im Vergleich zum Vorjahr

2020: 357 / 2021: 353



Tatmotive in den Berliner Bezirken 2021

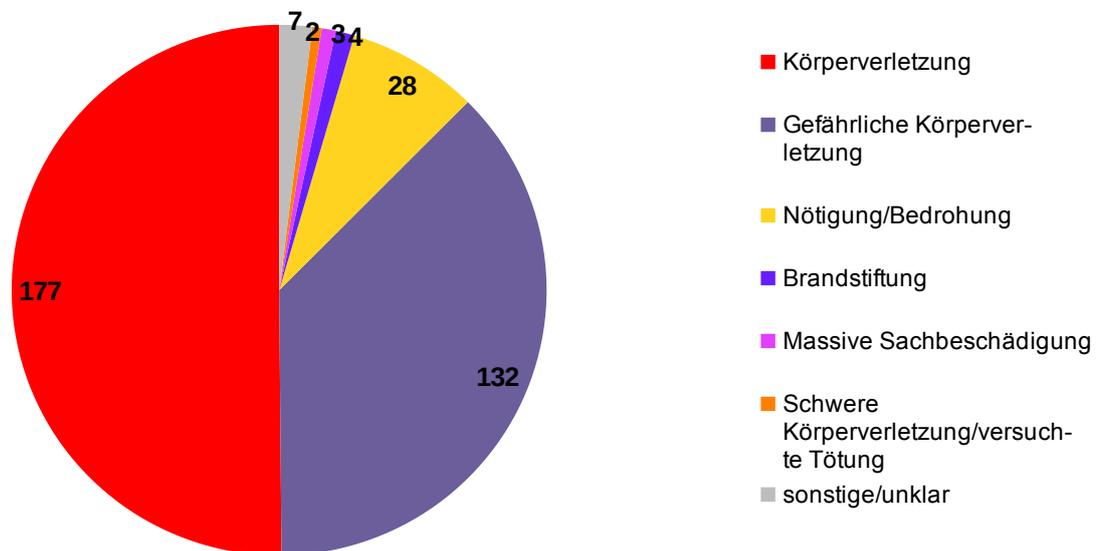
253 Angriffe gesamt



- Rassismus
- Antisemitismus
- gegen LGBTIQ*
- gegen politische Gegner*innen
- gegen Journalist*innen
- gegen Wohnungslose
- gegen politische Verantwortungsträger*innen
- gegen Menschen mit Handicap
- gegen Nicht-Rechte/Alternative
- sonstige/unklar

Tatbestände 2021 bei insgesamt 353 Angriffen

620 direkt Betroffene



ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut ist die Berliner Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohungen in Berlin. Auch Angehörige und Freund*innen der Opfer und Zeug*innen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

ReachOut berät auch Opfer von Racial Profiling und rassistischer Polizeigewalt.

In der Beratung orientiert sich ReachOut an den Bedürfnissen der Betroffenen. Jeder Schritt, jede Handlungsmöglichkeit wird gemeinsam mit den Ratsuchenden besprochen. Nichts geschieht ohne deren Einverständnis.

Die Beratungen sind kostenlos und parteilich für die Betroffenen. Vertraulichkeit und auf Wunsch Anonymität sind dabei selbstverständlich.

Die Mitarbeiter*innen von ReachOut recherchieren, dokumentieren und veröffentlichen Angriffe mit rechtem, rassistischem oder antisemitischem Hintergrund.

Das Projekt bietet rassismuskritische und empowernde Workshops, Veranstaltungen und Fortbildungen an.

Immer stehen die Situation und die Perspektiven der Betroffenen im Zentrum der Arbeit.

Kontakt:

www.reachoutberlin.de

030-695 68 339

info@reachoutberlin.de

beratung@reachoutberlin.de

bildung@reachoutberlin.de



Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt kommt nicht nur bei der Wohnungssuche oder während des Vermietungsprozesses vor. Auch bei der Nutzung von Wohnraum werden Menschen in Berlin benachteiligt. Neben Diskriminierung durch Vermieter*innen oder Hausverwaltungen erfahren Menschen Benachteiligung durch Nachbar*innen. Diese Diskriminierung findet häufig im direkten Wohnumfeld statt: im Hausflur, im Hof, an der Haus- oder Wohnungstür.

Der Umgang mit einer solchen Situation wird dabei erschwert, da Diskriminierung oft nicht als solche erkannt und dadurch ignoriert wird. Betroffene Menschen leiden häufig unter Angstgefühlen. Die eigene Wohnung bzw. das direkte Wohnumfeld wird nicht mehr als Schutzraum wahrgenommen. Sie fühlen sich allein gelassen und wissen nicht, wie sie sich schützen und wo sie Hilfe suchen können. In vielen Fällen entscheiden sich betroffene Menschen für einen Umzug. Dies ist in dem angespannten Wohnungsmarkt nicht nur nicht einfach, sondern kommt auch einer Bestrafung der Betroffenen gleich, anstelle die Verursacher*innen zu belangen.

Die Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt berät und begleitet die von diskriminierungsgeladenen Nachbarschaftskonflikten betroffenen Menschen unabhängig, vertraulich und parteiisch. Sie unterstützt die Betroffenen dabei, die Diskriminierung sichtbar zu machen, sich gegen die unberechtigten Vorwürfe zu wehren und sorgt dafür, dass die strukturell benachteiligten Personen und Gruppen ernst genommen und gegenüber den zumeist privilegierten Verursachenden nicht schlechter behandelt werden.

Auch der Arbeitsbereich „Strategie + Vernetzung“ beschäftigt sich mit dem Themenfeld „Diskriminierung in Nachbarschaften“ analytisch und mit dem Ziel der Sensibilisierung für und Prävention von Diskriminierung. Die Ergebnisse der Analyse der Beratungsdaten sowie von drei Dialogveranstaltungen sind in die von der Fachstelle herausgegebene Broschüre „Diskriminierung in Nachbarschaften-Leitfaden für Betroffenen, Vermieter*innen und soziale Akteur*innen“ eingeflossen. Mit diesem Leitfaden macht die Fachstelle das Problem der Diskriminierung durch Nachbar*innen sichtbar und unterstützt damit betroffene Menschen. Ziel ist gleichzeitig, Vermieter*innen, Nachbar*innen und weitere Akteur*innen in der Nachbarschaft zu sensibilisieren und ihnen Hilfestellungen für die Prävention und Bekämpfung von Diskriminierung anzubieten. Der Leitfaden kann hier heruntergeladen werden:

https://fairmieten-fairwohnen.de/wp-content/uploads/2022/04/FMFW_Leitfaden_Diskriminierung_Nachbarschaften_barrierefrei.pdf

www.fairmieten-fairwohnen.de